

«Es braucht gezielte Sparanstrengungen»

Interview mit Regierungsrat Martin Gehrler

Der Kanton St.Gallen muss in den nächsten Jahren rund 150 Mio. Franken sparen. Finanzchef Martin Gehrler erklärt, wo und warum gespart werden muss und was die Sparmassnahmen für das Personal bedeuten.

In der Februarsession 2011 genehmigte der Kantonsrat den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2012–2014 sowie das erste Sparpaket mit Einsparungen von rund 100 Mio. Franken. Zusätzlich forderte der Rat ein zweites Sparpaket von 50 Mio. Franken. Warum steht es so schlimm um die Kantonsfinanzen?

Martin Gehrler: Unsere Aufgaben- und Finanzplanung lässt für die nächsten drei Jahre tatsächlich Haushaltsdefizite von insgesamt fast 900 Mio. Franken erwarten. Zum Teil ist das Defizit «selbstgemacht», zum Teil ist es «fremdverschuldet». «Selbstgemacht» ist es insofern, als wir zur Verbesserung unserer Standortattraktivität in den letzten Jahren namhafte Steuerentlastungen vorgenommen haben. Andererseits hat der Bund den Kantonen neue Aufwendungen beschert; ich denke an die Pflegefinanzierung oder die Spitalfinanzierung. Schliesslich machen uns auch die anstehenden Investitionen in Milliardenhöhe sowie das Aufwandwachstum in einzelnen Aufgabenbereichen zu schaffen.

Der Bund ging auch von einem grossen Defizit aus – und vermeldete schliesslich einen Gewinn. Ist ein solches Szenario auch im Kanton St.Gallen möglich?

Davon träumt der Finanzchef. Und in der Tat: Das Rechnungsergebnis 2010 ist besser als erwartet. Aber leider kann keine Rede von einem Gewinn sein. Im Gegenteil, die Rechnung schliesst mit einem faktischen Defizit von 160 Mio. Franken ab. Um diesen Betrag haben wir die freien Reserven abgebaut. Mit anderen Worten: Der Kanton St.Gallen ist seine Sorgen nicht los und wird sie mit dem «Prinzip Hoffnung» auch nicht loswerden. Es braucht gezielte Sparanstrengungen.

Ist die Situation im Kanton St.Gallen anders als in anderen Kantonen?

Auch bei uns war der Rechnungsabschluss wegen des unerwartet schnellen Konjunkturaufschwungs rund 74 Mio. Franken besser als budgetiert. Hauptgrund sind die höheren Steuereinnahmen von den juristischen Personen. Der Wirtschaft geht es zum Glück wieder spürbar besser. Dies gilt für andere Kantone ebenso wie für unseren Kanton. Im Vergleich zu anderen Kantonen ist bei uns aber das strukturelle Defizit höher, wohl auch, weil der Kanton St.Gallen in den letzten Jahren sein Angebot in vielen Bereichen stark ausgebaut und viele neue Aufgaben übernommen hat. Dazu gehören etwa der Ausbau des öffentlichen Verkehrs (S-Bahnvorlage) oder die komfortable finanzielle Unterstützung der Gemeinden bei Gemeindevereinigungen. Es ist indessen zu beachten, dass sich die finanzielle Situation auch in anderen Kantonen wesentlich verändert hat und dort teilweise auch Sparpakete in Vorbereitung sind.

Sie sprachen die Gemeinden an. Diese beklagen eine Lastenverschiebung vom Kanton auf die Gemeinden. Zu Recht?

Das erste Sparpaket wirkt sich tatsächlich auf die Gemeinden aus. Angesichts der Verflechtungen zwischen Kanton und Gemeinden gerade in Bereichen, die ein deutliches Kostenwachstum aufweisen, liessen sich diese Auswirkungen nicht vermeiden. Gemessen an den gesamten Einsparungen scheinen sie mir aber für die Gemeinden insgesamt verkraftbar, zumal die Gemeinden nicht zuletzt dank des kantonalen Finanzausgleichs und der verschiedenen Kompensationen ihre Verschuldung seit 2006 um fast 40 Prozent und die

Gemeindesteuerfüsse von durchschnittlich 150 Prozent auf 139 Prozent senken konnten. Dennoch ist es richtig, wenn nunmehr im Rahmen der Aufgabenteilung eine saubere Leistungsanalyse zwischen Kanton und Gemeinden gemacht und mögliches Sparpotenzial hüben und drüben ausgelotet werden.

Zurück zum Sparpaket: Alleine das erste Sparpaket ist mit rund 100 Mio. Franken gewaltig. Braucht es wirklich ein zusätzliches Sparpaket?

Ich habe mich im Kantonsrat gegen ein zweites Sparpaket ausgesprochen und stattdessen für den «worst case» eine moderate Steuerfusserhöhung ins Spiel gebracht. Die Mehrheit des Kantonsrates sieht dies anders: Eine Steuerfusserhöhung ist derzeit für sie ein Tabu. Um diese zu umgehen, hat sie deshalb ein zweites Sparpaket in Auftrag gegeben. Daran haben wir uns zu halten. Die Vorgaben des Kantonsrates sind klar.

Das Volumen des ersten Sparpaketes soll durch eine Vielzahl von Massnahmen erreicht werden. Nach welchen Kriterien wird das zweite Sparpaket ausgestaltet?

Gemäss Vorgabe des Kantonsrates gehen wir einstweilen von einem Sparvolumen von 50 Mio. Franken, wovon gut 30 Mio. Franken beim Personalaufwand, aus. Wie gross das Sparpaket II dann effektiv ausfallen wird, hängt auch von den aktualisierten Planzahlen des AFP 2013–2015 ab. Diese werden im Lauf des Sommers und Herbstes 2011 erarbeitet und dann vom Kantonsrat im Februar 2012 beraten. Das Sparpaket II werden wir dem Kantonsrat auf die Frühjahrsession 2012 unterbreiten. Der Kantonsrat erwartet, einen Teil der

notwendigen Entlastungen im Bereich des Personalaufwands zu erzielen. Erste Massnahmen, darunter auch eine Kürzungsvorgabe von einem Prozent für den Personalaufwand, werden bereits im Voranschlag 2012 umgesetzt.

Wie entscheidet die Regierung konkret, wo gespart werden muss?

Die Regierung wird im Herbst 2011 die Schwerpunktbereiche für die Sparmassnahmen definieren und das Sparvolumen der einzelnen Bereiche festlegen. Im Vordergrund stehen möglichst gezielte Einsparungen und weniger eine Opfersymmetrie à la «Rasenmäher-Methode». Ob wir aber gänzlich um pauschale Kürzungen herumkommen, wird sich erst später zeigen.

Sie haben gesagt, dass vom zweiten Sparpaket auch das Personal betroffen sein wird. Was bedeutet das für die Mitarbeitenden?

Einen Teil der geforderten Einsparungen beim Personalaufwand hoffen wir durch Massnahmen zu erzielen, welche die Mitarbeitenden nicht unmittelbar spüren. So werden wir beispielsweise gewisse Neuerungen der Personalgesetzgebung, etwa den Vaterschaftsurlaub oder zusätzliche Ferientage, erst später vornehmen. Dies ist zwar unangenehm, aber wohl leichter zu verschmerzen als ein grosser Stellenabbau. Zudem werden wir neue Stellen – wenn überhaupt – nur mit äusserster Zurückhaltung bewilligen und die Departemente werden bei jeder Vakanz genau prüfen, ob die Stelle wieder und in welchem Umfang besetzt werden muss. Ob weitere Massnahmen notwendig werden, muss sich zeigen. In einzelnen Bereichen wird sich ein Stellenabbau möglicherweise nicht vermeiden lassen. Eines steht für die Regierung jedoch fest: Welche Personalmassnahmen auch immer getroffen werden, sie sollen möglichst sozialverträglich

sein und die Ausnützung natürlicher Fluktuationen kommt vor einem Stellenabbau.

Glauben Sie, dass die Sparpakete Auswirkungen haben auf die Attraktivität des Kantons St.Gallen?

Über das Sparvolumen kann man sich streiten, nicht aber über die generelle Notwendigkeit von Einsparungen. Wichtig ist ein «guter Mix». Wir müssen dafür sorgen, dass die Sparmassnahmen den finanziellen Handlungsspielraum verbessern, ohne dass der Kanton mit einseitigen oder übertriebenen Sparmassnahmen «ausgehungert» wird. Wenn der Kantonsrat eine Steuerfusserhöhung schon partout verhindern will, bin ich immerhin froh darüber, dass er unserem Antrag gefolgt ist, derzeit von weiteren Steuerentlastungen Abstand zu nehmen. Auf der einen Seite mit drastischen Massnahmen Leistungen abbauen, nur um auf der anderen Seite die Steuern weiter zu senken, wäre der falsche Weg und würde auch die Attraktivität unseres Kantons nicht verbessern. Die Standortattraktivität hängt nicht nur vom Steuerniveau ab, sondern ebenso von guten Bildungseinrichtungen, einer angemessenen Gesundheitsversorgung, einem attraktiven Kulturangebot, schnellen Verkehrsverbindungen, einer hohen Sicherheit, einem guten Angebot an Arbeitskräften und einer schönen Wohnlage.

Auch Einsparungen im Bereich Informatik sind ein Thema. Warum und wo muss in der Informatik gespart werden?

Da setzen wir sowohl bei den Investitionen als auch bei den Betriebskosten an. Das bewährte und laufend verbesserte Informatik-Priorisierungsverfahren wird uns helfen, die notwendigen Einsparungen zu erzielen. Allerdings ist dies nicht «gratis» zu haben: Einzelne Informatikprojekte werden zurückgestellt oder gar gestrichen werden müssen.



Gespart werden soll auch bei den Investitionen. Wie sieht hier die Priorisierung aus?

Die Regierung hat im vergangenen Jahr die geplanten Investitionen priorisiert. Dies war nicht einfach, zumal der Kanton gerade bei den Spitalbauten einen grossen Nachholbedarf hat. Das über zehnjährige Spitalbauten-Moratorium holt uns in den kommenden Jahren ein. Dennoch wurden auch die Spitalbauten ebenso wie die Bildungseinrichtungen einem Priorisierungsverfahren unterstellt. In der Folge mussten einzelne Bauten auf der Zeitachse um Jahre zurückgestellt werden. Dem Kantonsrat war dies aber noch zu wenig. Er hat die Nettoinvestitionen der nächsten zehn Jahre auf insgesamt 1,8 Mrd. Franken begrenzt. Dies zwingt uns noch vermehrt als bisher dazu, bei jedem Investitionsvorhaben die Notwendigkeit, den Zeitpunkt und den Umfang zu überprüfen.

In den letzten Jahren wechselten sich Sparpakete und Erfolgsmeldungen ab. Wie kann zukünftig Kontinuität geschaffen werden?

Sparpakete und Erfolgsmeldungen schliessen sich nicht zwangsläufig aus. Wenn es uns gelingt, die Sparpakete sorgsam und ausgewogen umzusetzen, dann verbessern wir mittelfristig die Handlungsoption unseres Kantons und haben wieder Luft für neue, wichtige Aufgaben. So gesehen kann und soll das derzeitige Sparpaket zu einer Erfolgsmeldung werden.